№ 85. 1832.

Zei- tung

des Großherzogthums Posen.

Im Verlage der Hofbuchdruckerei von W. Decker & Comp. Redakteur: G. Müller.

Montag den 9. April.

Inland.

Berlin den 5. April. Se. Majestät der König haben dem Polizei-Sergeanten Peter Albrecht zu Berlin das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen geruht.

Bei der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse ist an die Stelle des verstorbenen Justizraths Heilmann, welcher die Rendantur dieser Kasse 31 Jahr lang mit der ausgezeichnetsten Treue und lobenswerthesten Thätigkeit geführt hat, der bisherige zweite Rendant, Rechnungsrath Kraatz, definitiv zum alleinigen Rendanten ernannt worden, und es sind daher nur die von demselben und von dem Controlleur der Kasse, Geheimen Kalkulator Bauer, unterzeichneten Quittungen gültig.

Der bei dem Stadtgericht zu Breslau angestellte Justiz-Kommissarius von Uckermann ist zugleich zum Notarius im Departement des Ober-Landes-Gerichts zu Breslau ernannt worden.

Der General-Major und interimistisch Kommandirende der 9. Division, von Rudolphi, ist von Frankfurt a. d. O. hier angekommen.

Ausland.

Frankreich.

Paris den 28. März. Der Moniteur enthält eine Königliche Verordnung, laut welcher die drei Päpstlichen Bullen in Betreff der kanonischen Einsetzung der Herren Raillon und d'Humieres zu Erzbischöfen von Aix und Avignon, und des Hrn. Rey zum Bischofe von Dijon in der üblichen Weise bekannt gemacht und in Lateinischer und Französischer Sprache in die Register des Staatsraths eingetragen werden sollen. Der zweite Artikel dieser Verordnung lautet: „Die genannten Bullen werden genehmigt, jedoch ohne Billigung der darin enthaltenen Klauseln, Formeln oder Ausdrücke, die der Verfassungs-Urkunde, den Gesetzen des Königreichs und den Freiheiten und Grundsätzen der Gallikanischen Kirche zuwider sind oder zuwider seyn könnten, namentlich aber der Ausdrücke: Aloïtium Philippum, Franciae et Navarrae Regem.“

Am verwichenen Sonnabend nahm der König, vom Marschall Soult und dem General Athalin begleitet, die Festungswerke von Vincennes in Augenschein. — Täglich gehen aus dieser Festung große Wagen mit Kanonen-Laffeten nach Toulon ab.

Die Regierung hat gestern Nachrichten aus Grenoble erhalten, denen zufolge dort fortwährend Ruhe herrscht. — Privatbriefen von dorther vom 23. d. M. zufolge, hatten mehrere Offiziere und Soldaten des 35. Regiments Duelle mit dortigen Bürgern gehabt.

Zu dem letzten (in No. 82. unf. Zeit.) mitgetheilten Erlaß des Kriegs-Ministers, Marschalls Soult, an die Armee, die in Grenoble vorgefallenen Unruhen betreffend, macht die France Nouvelle folgende Bemerkungen: „Diese Genugthuung war man, wir sagen es unverholen, den braven Soldaten schuldig, welche der Parteigeist unwürdigerweise verleumdet hatte. Unmöglich konnte die Regierung jene Art von Kapitulation genehmigen, durch die das 35. Regiment aus Grenoble vertrieben wurde; dasselbe ist demnach in die Stadt, aus der es nie hätte fortgehen sollen, zurückgekehrt. — Die büste-

ren Weissagungen der Opposition sind nicht in Erfüllung gegangen; es hat eben so wenig Unwillen, als eine Kollision zwischen der Einwohnerschaft und den Soldaten stattgefunden, denn erstere war nie mitschuldig bei den verbrecherischen Versuchen einiger Ruhestörer gewesen; sie hatte demnach keine Rache auszuüben, kein brutales Verfahren zu bestrafen. Selbst wenn — was wir jedoch zuzugeben weit entfernt sind — einige Soldaten sich einem aufgeregten Gefühle hingegeben hätten, wenn auch selbst einige Unschuldige inmitten der von einem solchen Moment unzertrennlichen Verwirrung getroffen worden wären, durfte deshalb ein ganzes Regiment verurtheilt werden und für das Versehen Einiger büßen? Die Soldaten des von der Civil-Behörde requirirten 35. Regiments haben dem ihnen gewordenen Befehle Folge geleistet. Die Sache, die sie vertheidigten, war die Sache des Gesetzes. Als die Regierung ihnen einen glänzenden Beweis ihrer Erkenntlichkeit zollte, fühlte sie, was die Pflicht ihr gebot. Die Opposition wird nicht ermangeln, hierüber in Zorn zu entbrennen, denn Alles, was auf die Befestigung der Macht, der Ordnung und der Freiheit abzielt, ist ihr zuwider. Hätte die Regierung sich beeilt, der dem 35. Regiment aufgelegten Strafe beizupflichten und dasselbe durch eine Verbannung zu brandmarken, so würde die Opposition ein solches Verfahren konciliatorisch genannt haben; wie sehr hatte sie aber insgeheim über diesen Beweis der Schwäche gefrohlockt! Wer weiß? vielleicht wäre dann bei einer anderen Gelegenheit das Militair, der Anarchie gegenüber, gewichen und hätte, statt ihr das Bajonet vorzuhalten, das Gewehr vor ihr präsentirt. Doch dem ist nicht also; die Ehre besteht fortan in der Vertheidigung der Gesetze, die Schmach in dem Verrathe derselben. Die Zeit thörichter Nachgiebigkeit ist vorüber. Die gerechte Strafe muß dem zu Theil werden, der sie verdient. Der schützende Einfluß der Regierung wird sich sonach von dem Mittelpunkte des Landes aus nach allen Seiten hin fühlbar machen, und wir werden nicht mehr das Schauspiel jener Schlaffheit in der Verwaltung vor Augen haben, die den Staat entnervt und nur allzu lange die Kühnheit einer aufrührerischen Minorität genährt hat. Sobald nur die Central-Behörde einen festen Willen zeigt, werden auch die Unterbehörden dieser Tendenz folgen und die Gesetze ihr ganzes Gewicht wiedererlangen. Damit aber die Beamtenklasse neuen Muth fasse, muß sie sich unterstützt fühlen; damit die Armee gegen die Störer der öffentlichen Ruhe mit der Beharrlichkeit fortkämpfe, wovon sie bereits so viele Beweise gegeben hat, muß sie für ihre Anstrengungen würdig belohnt und mit der Erkenntlichkeit des Landes bezeichnet werden. Dies ist es, was der Marschall, der an der Spitze derselben steht, in seinem Tagesbefehle gethan hat. Ganz Frankreich wird ihm dafür seinen Beifall zollen."

Im Journal du Commerce liest man Folgendes: „Vorgestern Abend um 11 Uhr fertigte der Oesterreichische Botschafter einen Kourier nach Wien ab, der, wie man glaubt, die Antwort unseres Kabinets auf die Noten des Grafen Appony in Betreff der Besetzung von Ankona überbringt. Diese Antwort würde, wenn man aus der Sprache der France Nouvelle Folgerungen ziehen dürfte, nichts weniger als befriedigend für den Wiener Hof ausfallen. „„Wir glauben, erklären zu müssen"", sagt dieses Blatt, „„daß kein Befehl zur Räumung von Ankona ertheilt worden ist, und daß diese Festung so lange von den Französischen Truppen besetzt bleiben wird, als diese Okkupation für die Interessen Frankreichs, so wie für die Befestigung des allgemeinen Friedens, welche das einzige Ziel der Bemühungen des Kabinets ist, nothwendig seyn wird."" Und in der That stimmen alle Nachrichten aus Italien darin überein, daß der General Cubieres Verstärkungen erhalten hat und nichts verabsäumt, um seine Stellung zu sichern."

Die Gazette sagt: „Mit Bedauern zeigen wir unsern Lesern an, daß eine alle Symptome der Cholera darbietende Krankheit gestern in Paris ausgebrochen ist; drei Personen sind daran gestorben; unter ihnen befindet sich der Koch des Marschalls Lobau. Diesen Morgen sind neue Krankheitsfälle vorgekommen, man schreitet so eben zur Oeffnung der Leichen." — Das Journal des Débats meldet dagegen: „Gestern verbreitete sich in der Kammer das Gerücht, daß drei Personen von der Dienerschaft des Marschalls Lobau in 12 Stunden der Cholera erlegen wären. Wir freuen uns, versichern zu können, daß diese Nachricht ganz ungegründet ist. Ein Koch des Marschalls ist allerdings plötzlich gestorben, aber in Folge eines Blutsturzes."

Aus Toulon vom 22. d. M. schreibt man: „Drei Compagnieen der Fremden-Legion sind gestern von Pont-Saint-Esprit hier angekommen; vier andere Compagnien derselben Legion, die sich bereits über 14 Tage hier befanden, haben sich heute auf der Gabarre „la Biaogne" nach Afrika eingeschifft. Die Brigg „Ducouédic" ist von Navarin, das sie am 6. d. M. verlassen, auf unserer Rhede angekommen. Dem Berichte dieses Schiffes zufolge, hatten sich die Truppen des Generals Kolokotroni, 1200 Mann an der Zahl, als Parteigänger in der Gegend zwischen Nisi und Calamata zerstreut und sich Ausschweifungen und Bedrückungen gegen die Einwohner erlaubt. Der General Gueheneuc, Befehlshaber unserer Okkupations-Brigade, hatte auf die Nachricht von diesen Ereignissen sofort das 2te Bataillon des 21. leichten Infanterie-Regiments ausgesandt. In mehrere Detaschements getheilt, warfen die Französischen Truppen in verschiedenen Gefechten die Griechen zurück, welche einen Verlust von mehr denn zehn Mann an Todten und dreißig Verwundeten erlitten."

Während der Messager in der Erscheinung eines kleinen Brittischen Geschwaders vor Ankona den Beweis eines vollkommenen Einverständnisses zwischen Grey und Perrier findet, sagt ein Londoner Blatt, das Brittische Geschwader sei bestimmt, eine Rekognoscirung vorzunehmen, um sich in Betreff der von den Franzosen am dortigen Hafen vorgenommenen Befestigungsarbeiten zu unterrichten und um daraus einen Schluß über die größere oder geringere Wahrscheinlichkeit einer Verlängerung ihres Aufenthalts in Italien ableiten zu können.

Großbritannien.

London den 27. März. In der heutigen Sitzung war die Versammlung sehr zahlreich, und vor der Barre stand eine große Anzahl von Mitgliedern des Unterhauses, als die Lords Althorp und J. Russel erschienen, um den Lords die nunmehr von den Gemeinen vollständig angenommene Reform-Bill vorzulegen. Nachdem der Lord-Kanzler sie in Empfang genommen hatte, trug Graf Grey auf deren erste Lesung an, welche sogleich erfolgte. Während der nun folgenden Debatte blieben die vor der Barre stehenden Mitglieder des Unterhauses anwesend und hörten der Diskussion mit großer Aufmerksamkeit zu. Als Graf Grey in Vorschlag brachte, daß das Haus die zweite Lesung der Bill auf Donnerstag den 5. April ansetze, erhob sich Graf von Harrowby und meinte, es sei zwar, wie der edle Graf eben bemerkt, schon sehr viel über die Reformbill auch in diesem Hause gesprochen worden, doch dürfe nicht übersehen werden, daß die vorliegende Bill eine andere sei, als diejenige, die im vorigen Jahre besprochen worden, und es müsse daher mit eben so großer Muße dabei zu Werke gegangen werden. Zwar seien die Aenderungen dabei nicht so groß, wie er sie gewünscht hätte, ja die Aehnlichkeit beider Bills gehe weiter, als es hätte seyn sollen; gleichwohl seien doch verschiedene wesentliche Punkte, sowohl in den Prinzipien als in den Details, verändert, wozu er namentlich das zähle, daß in der vorigen Bill die Wahlrechts-Entziehung lediglich auf die Verhältnisse der Bevölkerung und Entvölkerung gewisser Plätze begründet gewesen sei, während in der vorliegenden Bill neben der Bevölkerung auch Reichthum und Steuerentrichtung in Anschlag gebracht worden seien; ferner, daß man neben der Bevölkerung eines Platzes auch dessen relative Wichtigkeit in Betracht gezogen; dann, daß in der neuen Bill im Schema C gewisse Plätze zwei Repräsentanten erhalten hätten, denen früher nur einer zugewiesen worden, und daß man die Anzahl der auf Schema B verzeichneten Plätze vermindert habe; endlich, daß jetzt die Vorrechte von Personen, welche die Corporationsfreiheit besitzen, nicht bloß auf deren Lebenszeit beschränkt, sondern auch auf ihre Nachkommen ausgedehnt worden. Außerdem führte der Redner noch einige andere Punkte an, in denen er eine Verbesserung der Bill finden wollte, unter Anderem die Hinzufügung von 21 Mitgliedern zu Englands Repräsentantenzahl, die Andeutung einer beabsichtigten Vervollkommnung in der Zusammensetzung der Wählerschaft der größeren Plätze, auf welche das Wahlrecht und die Repräsentation ausgedehnt werden sollen u. dgl. m. Lord Harrowby erklärte sodann, daß er unter den jetzigen Umständen bereit sei, für die zweite Lesung der Bill zu stimmen und sich vor dem Hause dieserhalb zu rechtfertigen; man möge sich erinnern, sagte er im Wesentlichen, daß er zu der Abstimmung gegen die zweite Lesung der frühern Bill sich nur nach langem Zaudern und ängstlichem Bedenken entschlossen; sei er nun auch in Bezug auf die jetzige Bill anders zu handeln gesonnen, so möge man deshalb nicht glauben, daß er seine Ansichten in irgend einer Weise geändert habe; er wolle für die zweite Lesung stimmen, um zu sehen, ob sich nicht in dem Ausschusse verbessernde Zusätze der Art zu der Bill machen ließen, daß er dann auch für ihre völlige Annahme als Gesetz stimmen könne; er werde zu diesem Zweck Amendements vorschlagen oder wenn Andere dies thäten, sie unterstützen: würden diese nicht angenommen, so werde er immer noch eine Gelegenheit haben, sich der Bill zu widersetzen; die Verzögerung, welche durch die Verwerfung der früheren Bill entstanden sei, könne für die Urheber der Maßregel nur von Nutzen gewesen seyn, da sie unterdessen Zeit gewonnen hätten, wesentliche Verbesserungen darin vorzunehmen; sollte endlich, nach Aufnahme aller nur möglichen Amendements zu der Bill, eine Anzahl von Lords es noch für ihre Pflicht halten, die Bill nicht durchgehen zu lassen, so stände es dann immer noch in ihrer Macht, für deren Verwerfung zu stimmen, und sie müßten diese ihre Macht anwenden.

Lord Wharncliffe erhob sich und erklärte, daß auch er für die zweite Lesung der Bill zu stimmen gedenke, (hört hört! von der ministeriellen Seite) jetzt aber nicht die Zeit dazu sei, sich über die Gründe, die ihn hierin bestimmt, näher auszulassen, was er jedoch späterhin genau und offenherzig thun werde; er halte es für hinreichend, hier zu sagen, daß er der zweiten Lesung einer von einer so bedeutenden Majorität des Unterhauses eingebrachten Bill nicht nochmals seine Stimme verweigern könne; (hört, hört!) indeß sei er der Meinung, daß die Bill nicht ohne ein sehr bedeutendes Amendement zum Gesetz werden dürfe; die Grundlagen, auf denen diese Reform-Maßregel beruhen solle, befänden sich in der Einleitung der Bill verzeichnet, und wenn die Einzelheiten in irgend einem Punkt diese Grundlagen überschritten, so würde es die Pflicht des Hauses seyn, diese Einzelheiten zu verwerfen. Zu gleicher Zeit äußerte der Redner aber, daß er mit offenen und aufrichtigen Absichten sich in den Ausschuß begeben werde; denn es wäre schimpflich und verwerflich, mit den vorgefaßten Absichten in den Aus-

schuß zu gehen, daß man die Bill gänzlich verstümmeln und in ihren wesentlichen Prinzipien vernichten wolle (hört, hört!): er und seine Freunde hätten freilich ernstliche Einwendungen gegen eine Reform des Repräsentativ-Systems zu machen, aber er müsse eingestehen, daß sie hierin nicht von einer beträchtlichen Partei im Lande unterstützt würden (hört), und unter solchen Umständen halte er es für seine Pflicht, für die zweite Lesung der Bill zu stimmen, und zwar mit der aufrichtigen Absicht, ihr eine solche Gestalt zu geben, daß sie ohne Gefahr angenommen werden könne. (Hört, hört!) Hierauf zeigte auch der Bischof von London an, daß er für die zweite Lesung stimmen wolle (Hört!), mit der Hinzufügung, daß er dies wahrscheinlich schon bei der früheren Bill würde gethan haben, wenn er für angemessen befunden hätte, seinen Platz im Oberhause einzunehmen. Dagegen meinte Lord Carnarvon, daß er zwar nicht gegen alle Reform sei, daß aber seiner Meinung nach aus der vorliegenden Bill auch im Ausschusse nimmermehr etwas Annehmbares gemacht werden könne. (Hört! von der Opposition.) Graf Grey erhob sich nun, und nachdem er dem letzten Redner mit wenigen Worten geantwortet hatte, kam er auf den Vortrag des Grafen Harrowby und folgte den einzelnen Punkten desselben. Am Schluß seiner Rede äußerte Graf Grey noch Einiges über seine feste Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Reform-Maßregel und sprach den Wunsch aus, daß das Haus endlich zu einer ihr günstigen Entscheidung kommen und die Bill in ein Gesetz verwandeln möge, welches dazu geeignet sei, der Regierung Kraft und Stärke, dem Lande aber Frieden und Sicherheit nach innen und nach außen zu verleihen. (Hört!) Nach dem Grafen Grey nahm der Herzog von Wellington das Wort und äußerte sich im Wesentlichen folgendermaßen: „Der edle Graf, der sich zuerst für die zweite Lesung erklärt (Graf Harrowby), hat die Gründe angegeben, welche ihn hierzu bewogen, und namentlich auf verschiedene Abweichungen der jetzigen Bill von der früheren aufmerksam gemacht. Aber bald darauf behauptete der edle Graf, der an der Spitze von Sr. Majestät Regierung steht, daß, wenn auch einige Veränderungen vorgenommen worden, doch die Bill wesentlich, in Wahrheit und ihrem Prinzip nach ganz dieselbe Maßregel sei, wie die im vorigen Jahre in dieses Haus eingebrachte, welcher Ew. Herrlichkeiten die zweite Lesung verweigerten. Dies ist der eigentliche Angelpunkt, um den sich die Sache dreht, und welchen Ew. Herrlichkeiten jetzt zu erwägen haben. Es handelt sich nicht darum, ob die gegenwärtige Bill von der früheren in unwesentlichen Punkten verschieden sei. Es handelt sich darum, ob die Bill in ihrer jetzigen Form von der Beschaffenheit ist, daß sie die begründete Aussicht gewährt, sie werde nach ihrer zweiten Lesung und nach Passirung der übrigen Stationen eine mit der Existenz eines für dieses oder irgend ein anderes Land brauchbaren Regierungs-Systems verträgliche Maßregel seyn. Es handelt sich darum, ob die Maßregel mit der Leitung einer geordneten Regierung überhaupt verträglich ist, und ob sie nicht in diesem Fall doch für den Gang und das Verhalten der Regierung höchst gefährlich werden kann. Das Prinzip dieser Bill ist nicht Reform; es ist Entfesselung, Beraubung, Umgestaltung des Stimmrechts, Grundumwälzung der Repräsentation; und wenn es noch von anderen Bills begleitet wird, so muß eine völlige Revolution daraus entstehen. Die Bill für Schottland geht auf eine gänzliche und vollständige Umwälzung des Repräsentativ-Systems in jenem Lande aus, und die Bill für Irland zielt auf eine völlige Umänderung der von dem Parlament vor drei Jahren sanctionirten Grundsätze ab. Dies haben Ew. Herrlichkeiten jetzt zu bedenken. Meine eigenen Ansichten in Bezug auf Reform sind ganz dieselben geblieben, aber die Frage hat sich jetzt anders gestellt. Was ich jedoch auch von einer Reform-Vergünstigung denke, so sehe ich durchaus keine Hoffnung, daß aus der gegenwärtigen Bill eine nützliche Maßregel gemacht werden könne. Ich werde keineswegs durch Parteigründe bestimmt. Ich diene keinem Parteizweck, und Niemand hat weniger Anlaß, als ich, irgend eine Partei oder ein besonderes parlamentarisches Interesse zu unterstützen. Mein Interesse ist das aller Anderen, daß nämlich in unserem Lande ein weises, gutes und brauchbares Regierungs-System bestehe. Was meine Ansicht in Bezug auf diese Bill ist, wird sich zeigen, wenn über den Antrag auf ihre zweite Lesung verhandelt werden wird. Wenn jedoch das Haus beschließen sollte, die Bill in den Ausschuß zu bringen, so müßte dieser vor allen Dingen darauf sehen, den Repräsentations-Modus so einzurichten, daß eine gute Regierung sich darauf stützen kann." Die Bill wurde sodann zum Druck verordnet und die zweite Lesung auf Donnerstag den 5. April festgesetzt.

In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erhob sich Lord Eliot, um, seiner früheren Ankündigung gemäß, einige Bemerkungen über die auswärtige Politik der jetzigen Verwaltung zu machen. Wenn man, sagte er, den politischen Horizont anblickt, so sei es gewiß schwierig, zu bestimmen, wo der Sturm zuerst losbrechen würde; daß aber das endliche Resultat Krieg seyn müsse, könne, seiner Ansicht nach, keinem Zweifel unterworfen werden. Mit Bezug auf Holland, glaube er, daß kein vernünftiger Mensch jetzt noch zweifeln könne, daß jenes Land sich einem Theil des Traktates, den England mit unterzeichnet habe, widersetzen werde. Holland werde z. B. nie die freie Schifffahrt auf seinen Binnengewässern bewilligen; ein Punkt, der einen wesentlichen Theil des Traktates ausmache, der aber, wie er glaube, niemals in Kraft treten werde, be-

vor sich nicht eine Englische Flotte im Besitz der Scheldе befinde und jedes Holländische Kanonierboot in die Luft gesprengt sei. Der edle Lord (Palmerston) habe also England in die Lage gesetzt, entweder sein Wort zu brechen, oder einen ungerechten Krieg mit einem alten und getreuen Verbündeten zu beginnen. Der Redner ging hiernächst auf die Portugiesischen Angelegenheiten über, machte dem Ministerium Vorwürfe über die, seiner Ansicht nach, unläugbare Verletzung der Neutralität zu Gunsten Dom Pedro's und wandte sich hierauf nach Frankreich, über dessen Angelegenheiten er sich unter Anderem folgendermaßen äußerte: „Meiner Meinung nach ist niemals eine gröbere Verletzung des Völkerrechtes begangen worden, als diejenigen Verhandlungen sind, welche in Folge der Landung Französischer Truppen in Ankona stattgefunden haben. Frankreich ist unaufgefordert mit Gewalt der Waffen eingeschritten und hat noch jetzt eine Stadt im Besitz, welche einer befreundeten Macht gehört; es hat sogar seine dreifarbige Fahne auf den Wällen von Ankona aufgepflanzt; ein Verfahren, welches, wie ich glaube, Rußland selbst bei der Eroberung von Varna nicht beobachtet hat. Wenn man die Leichtgläubigkeit unserer Regierung in Bezug auf die Absichten Frankreichs wahrnimmt, so sollte man vermuthen, daß sie glaube, der National-Charakter verändere sich so leicht, wie die National-Kokarde, und daß die Liebe der Franzosen für den Ruhm mit der Thronbesteigung Ludwig-Philipps verschwunden wäre."

Folgendes ist ein im Globe befindlicher Artikel, der sich über ein muthmaaßliches gütliches Arrangement der Portugiesischen Angelegenheiten ausspricht: „Es geht fortwährend sehr stark das Gerücht, daß Dom Miguel durch Gewissensbisse, durch das Gefühl seiner Schwäche und durch politische Beweggründe bestimmt worden sey, unter gewissen Bedingungen das Recht seiner Nichte anzuerkennen, und daß Dom Pedro die Genugthuung haben werde, ohne einen schmerzvollen Kampf mit seinem Blutsverwandten und ohne Erregung eines Bürgerkrieges in dem Lande seiner Geburt, seinem Vaterlande die Segnungen des Friedens und der gesetzlichen Gewalt wiederzugeben. Zwar können wir für die Wahrheit dieser Berichte nicht bürgen, würden uns aber sehr freuen, wenn sie sich bestätigten. Sicherlich liegt es im Interesse von Europa und ganz besonders von Spanien, die Zwistigkeiten unter den Gliedern des Hauses Braganza ohne Vergießen von Bürgerblut in Portugal beizulegen. Wir erfahren, daß Oesterreich sowohl, als Frankreich und England, in jene Regierung gedrungen sind, mit einer Art von Beilegung zufrieden zu seyn und sich aller Einmischung zu enthalten."

London den 30. März. Graf Orloff ist am 27. d. Abends hier angelangt und hat bereits vorgestern die Ehre gehabt, Sr. Majestät dem Könige bei der gewöhnlichen Mittwochs-Cour vorgestellt zu werden. Der Graf, der von Lord Palmerston introduzirt wurde, übergab dem Monarchen seine Akkreditive und hatte sich einer sehr schmeichelhaften Aufnahme zu erfreuen.

„Wir haben die Genugthuung," heißt es im Courier, „unseren Lesern melden zu können, daß die von Seiten Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich am 14. d. geschehene Ratifikation des Konferenz-Traktates heute (am 29. März) hier eingetroffen ist und nun zur Auswechselung mit denjenigen der anderen ratifizirenden Mächte bereit liegt."

Niederlande.

Aus dem Haag den 30. März. In Holländischen Blättern liest man: „Seit der Abreise des Grafen Orloff ist über den Gang der Unterhandlungen eigentlich nichts mit Sicherheit bekannt geworden. Gut unterrichtete Leute wollen indessen wissen, daß, nachdem die von unserem Könige vorgeschlagenen Modifikationen von der Konferenz nicht entgegengenommen worden, die Bemühungen des Grafen Orloff, Se. Majestät zur Nachgiebigkeit zu bewegen, das erwartete Resultat nicht gehabt haben. Wiewohl man sich mit der Hoffnung schmeichelt, daß Rußland auch fernerhin seine Ratifikation bis dahin, daß unser König die 24 Artikel angenommen, verweigern werde, so fürchtet man jetzt doch, daß die Ratifikationen der beiden andern Mächte nicht länger zurückgehalten werden dürften. Der König hat, wie man vernimmt, der Konferenz durch das Dampfboot „Surinam" sein Ultimatum zugehen lassen, welches, wie hinzugefügt wird, auf die vorgeschlagenen Modifikationen basirt ist. Was von einem diesseitigen Wiederbeginn der Feindseligkeiten erzählt wird, betrachtet man als völlig ungegründet, da Graf Orloff sich auf das Bestimmteste dagegen erklärt haben soll. Die nächsten Berichte aus London müssen uns lehren, welchen Empfang das Ultimatum Sr. Majestät bei der Konferenz gefunden hat."

Aus Breda wird geschrieben, daß bei der Armee von einer neuen Organisation derselben, und zwar in zwei Armeekorps, deren jedes aus zwei Divisionen bestehen soll, gesprochen wird. Se. Königl. Hoheit der Prinz Friedrich wird, wie es heißt, das erste und General-Lieutenant Tindal das zweite Armeekorps kommandiren. Außerdem soll nächstens eine große Garnisons- und Kantonirungs-Veränderung beim Heere stattfinden.

Brüssel den 29. März. Der Kriegs-Minister hat den Befehl erlassen, alle beurlaubte Soldaten einzuberufen und vorläufig keine neue Beurlaubungen zu bewilligen.

Das Memorial Belge sagt: „Es ist bestimmt, daß der König von Holland sich geweigert hat, den 24 Artikeln beizutreten, und daß der Graf Orloff

mit dieser Erklärung nach London abgereist ist. Der Belgischen Regierung ist obiger Entschluß vor zwei Tagen durch Sir Rob. Adair und Hrn. v. Talleney mitgetheilt worden. Es sind darauf sogleich Befehle an alle kommandirende Generale abgegangen, sich für jedes Ereigniß bereit zu halten. Wir glauben nicht an einen unverzüglichen Angriff von Seiten Hollands: aber am Ende ist derselbe doch möglich, und das Land muß sich darauf vorbereiten."

Italien.

Bologna den 23. März. Von Tag zu Tage sieht man mit gespannterer Erwartung der großen Frage entgegen, welches Resultat die Intervention Oesterreichs und Frankreichs haben, welche Lösung der Angelegenheiten der Legationen sie herbeiführen werde. — Trotz der friedfertigen Sprache, die man von beiden Seiten vernimmt, fehlt es doch nicht an Personen, die eine kriegerische Lösung der verwickelten Fragen fürchten. Man zieht hierbei in Betracht, daß, während einerseits die Franzosen fortfahren, Ankona auf das Eiligste zu befestigen und selbst einen Theil der Matrosen ans Land setzen lassen, andererseits auch die Oesterr. Truppenmärsche nach den Marken hin fortdauern; diese Truppen haben neuerdings den Furlo-Paß und die Städte Urbino, Fossombrono und Fano besetzt. Von Seiten des Päpstlichen Stuhls ist abermals, in einer Note vom 25. d. über die aufrührerische Stimmung, welche die Anwesenheit der Franzosen in Ankona erzeugt habe, so wie über mehrere neue Vorgänge, dringende Beschwerde geführt worden.

Ancona den 23. März. Am 21. traf hier ein Payeur général, und gestern Abend der Schiffskapitain Lasuze, welcher den Kapitain le Gallois im Kommando der hier liegenden Eskadre ablöst, aus Frankreich ein. Le Gallois soll dem Vernehmen nach zu Paris im Marineministerium angestellt werden. Man erwartet noch einen Armee-Intendanten, und angeblich auch 3000 Mann zu Verstärkung der hiesigen Besatzung.

Oesterreichische Staaten.

Wien den 24. März. Mit London werden lebhafte Unterhandlungen gepflogen; man weiß jetzt, daß das Englische Ministerium die Besetzung von Ankona, besonders aber die Art, wie sie vorgenommen wurde, sehr mißbilligt. Es wäre wohl möglich, daß die (angebliche) Erscheinung Englischer Schiffe vor Ankona für eine der Französischen Regierung gegebene Warnung gelten könnte. Es ist nicht wahrscheinlich, daß das Englische Kabinet den fortwährend wachsenden Einfluß Frankreichs auf die das Mittelländische Meer begränzenden Staaten noch lange gleichgültig ansehen könne; Frankreich hat schon durch seine eigenen Häfen am Mittelländischen Meere, durch seine Besatzungen in Morea, und durch den Besitz der Nordafrikanischen Küste, wichtige Stationen inne, die jenen von Gibraltar und Malta bald die Waage halten. (Allg. Zeit.)

Deutschland.

Karlsruhe den 24. März. Schon seit langer Zeit waren dumpfe Gerüchte in Umlauf, daß das in unserm Großherzogthume promulgirte neue Preßgesetz ein Gegenstand der Verhandlungen am Bundestage zu Frankfurt geworden sei. Man erfuhr bald darauf, daß, um unser Preßgesetz einer Untersuchung und Prüfung zu unterwerfen, ein Ausschuß aus der Mitte der Bundesversammlung niedergesetzt, und der Königl. Dänische Bundestagsgesandte, Herr v. Pechlin, zum Referenten in dieser Angelegenheit ernannt worden sei. Vor Kurzem ist nun eine Mittheilung des desfallsigen Antrags durch unsre Bundestagsgesandtschaft erfolgt, wornach es unsrer Regierung anheim gegeben wird, eine einstweilige Suspension des neuen Preßgesetzes eintreten zu lassen, bis die Bundesversammlung in einer Plenarsitzung einen Beschluß in dieser Beziehung fassen werde. Dieses Zumuthen ist indessen, zur großen Freude des Publikums, hiesigerseits mit Würde abgelehnt worden, während zugleich die Gründe, welche von dem Berichterstatter am Bundestage gegen unser neues Preßgesetz geltend gemacht wurden, eine erschöpfende Beseitigung gefunden haben. Man ist gegenwärtig sehr gespannt darauf, ob die Bundesversammlung dessen ungeachtet einen förmlichen Beschluß in dieser Sache fassen wird, der, wenn der Antrag des Berichterstatters des niedergesetzten Ausschusses Gehör findet, gegen unser Preßgesetz ausfallen muß. (Nürnb. Korresp.)

Politische Reflexionen.

Uebersicht der neuesten Zeitereignisse.

Was sich bei dem Aufstande in Lyon leicht voraussehen ließ, ist eingetreten und die Hoffnung der „richtigen Mitte": daß der Gährungsstoff in den Provinzen Frankreichs sich in sich selbst verzehren werde, hat sich als völlig nichtig und eitel erwiesen. — Wie ein Erdbeben hat wiederum eine politische Erschütterung den Süden und Osten Frankreichs durchzogen und die unangenehmste Spur, welche sie hinterlassen, ist die völlige Ungewißheit, wann und in welchen Intervallen diese Scenen wiederkehren werden; denn kein Vernünftiger zweifelt mehr daran, daß überhaupt der Boden des Französischen Staatslebens durch die letzte „glorreiche Revolution" dieses unglücklichen Landes durchaus vulkanischer Natur geworden sei. — In Grenoble hat ein an sich unbedeutender Vorfall, der nur durch die Empfindlichkeit der Beamten und ihre, dem Vernehmen nach, unzweckmäßigen und widersinnigen Maaßregeln wichtig wurde und einen blutigen Ausgang nahm, — die Explosion veranlaßt. — Allerdings ist ein Fastnachtszug, der das Oberhaupt des

Staates und die übrigen ersten Diener des letztern lächerlich zu machen sucht, weder anständig noch erlaubt. — Aber wenn die jetzt herrschende Partei auf Schonung und Ehrfurcht Anspruch macht, so wird es nicht überflüssig seyn, daran zu erinnern, wie eben dieselbe sich geberdete, als kurz vor der Revolution die Gerichte ihre Pflicht thaten und den Revolutionspoeten Fotan ins Zuchthaus schickten, weil er den König Karl X. „als toll gewordenen Hammel" bezeichnet hatte. — Die damals erhobene schwere Klage über rachsüchtige Verfolgung eines unschuldigen Scherzes kann jetzt der „richtigen Mitte" von ihren Gegnern zurückgegeben werden.

Während diese Ereignisse die innere Ruhe und den öffentlichen Frieden in den Provinzen gefährden, hat sich im Mittelpunkte selbst eine neue Stockung der liberalen Staatsmaschine verspüren lassen. — Die Pairskammer scheint das Opfer ihrer Erblichkeit nicht verschmerzen zu können, und ergreift jetzt, zum großen Verdruß der Doctrinairs, jede Gelegenheit zu zeigen, daß sie immer noch Macht genug habe, Hemmungen herbeizuführen, welche das auf den Majoritäten beruhende Ministerium in nicht geringe Verlegenheit setzen. — Die Abschaffung der Trauerfeier wegen der Ermordung Ludwigs XVI. war durch den Gesetzentwurf der Deputirtenkammer in Antrag gebracht und wurde von der Pairskammer verworfen. Nicht besser ging es dem noch viel populärern Antrage zur Aufhebung des Verbots der Ehescheidung und das Ministerium wird sich ohne Zweifel genöthigt sehen, den Ansprüchen der „hohen Kammer" auf Selbstständigkeit und eine eigene Meinung durch eine neue Pairslieferung entgegenzutreten, wenn überhaupt das jetzige System sich so lange hält, daß eine solche entschieden nothwendig wird. Unläugbar würde diese Maaßregel den günstigen Effekt haben, die Nichtigkeit und Unmöglichkeit der Lehre von den drei unabhängigen Staatsgewalten in ein noch helleres Licht zu stellen, als es bisher schon geschehen ist. —

In England ist die Reform-Bill nunmehr schon ins Oberhaus gelangt, wo ihr, wie fortdauernd übereinstimmende Nachrichten versichern wohl nur entweder die Verwerfung nach der ersten Lesung oder eine solche Veränderung durch Amendements bevorsteht, daß sie dadurch unschädlich wird. — Ebendort ist auch neuerdings wieder die Französische Politik der Gegenstand lebhafter Angriffe des Herzogs von Wellington gewesen, der in den jüngsten Reden des Französischen Minister-Präsidenten nichts Anderes gefunden hat, als die directe Tendenz, „jenen krankhaften Wunsch nach Eroberungen und Vergrößerungen zu befördern, der während der letzten 40 Jahre ein so charakteristischer Zug der Französischen Geschichte gewesen ist." —

In Italien sind die Folgen der Französischen Invasion nicht ausgeblieben. — Der der Revolution geneigte Theil der Bevölkerung ist allenthalben durch die unverhoffte Hülfe, in unruhige Spannung und fieberhafte Exaltation gerathen. In Bologna ist es zu blutigen Auftritten gekommen, weil der revolutionirte Pöbel auf eine Abtheilung päpstlicher Truppen eindrang, und nur durch das Feuern des Oesterreichischen Militairs von ärgern Excessen abgehalten werden konnte. In Parma und Reggio haben ebenfalls Unruhen stattgefunden und in Ankona selbst hat der revolutionaire Schwindel, der bei der Französischen Militairmacht direkten Schutz findet, seine höchste Stufe erreicht. Unter diesen Umständen hat die päpstliche Regierung auf würdig gehaltene Weise, aber mit großer Bestimmtheit, gegen die Verletzung ihrer Souveränetätsrechte protestirt, ihre Truppen aus Ankona zurückgezogen und ihre Behörden angewiesen, den feindlich okkupirten Ort zu verlassen. —

Auf der Pyrenäischen Halbinsel ist das, was vorauszusehen war, geschehen. Das Spanische Kabinet hat, unbezweifelten Nachrichten zufolge, die bestimmte Erklärung abgegeben, daß es seine Interessen in dem bevorstehenden Kampfe der Prinzen des Hauses Braganza wahrnehmen werde, theils um D. Miguel, der auf den Grund der in Portugal bestehenden Successionsordnung seit 5 Jahren regiert, gegen feindlichen Ueberfall in seiner Herrschaft zu schützen, theils auch um die gesammte Pyrenäische Halbinsel vor dem Unheil und der Schmach einer neuen Revolution zu bewahren, die unvermeidlich bevorstehe, wenn Dom Pedro seinen Plan: an der Spitze einer Truppe von revolutionären Abentheurern in Portugal zu landen, ausführen sollte. Ob also die an den den Gränzen von Portugal aufgestellte Spanische Observationsarmee in dieses Land einrücken werde, hängt von den weiteren Operationen des ehemaligen Kaisers von Brasilien ab.

(Berl. polit. Wochenbl.)

Stadt-Theater.

Dienstag den 10. April: Der Alpenkönig und der Menschenfeind; romantisch-komische Oper in 3 Akten, Musik von W. Müller.

Wohlthätigkeit.

Für die Abgebrannten zu Bomst sind ferner bei uns eingegangen: 7) S. R. 5 Thlr.

Posen den 7. April 1832.

Die Zeitungs-Expedition von W. Decker & Comp.

In Folge der ergebensten Bitte um freundliche Unterstützung bei der Sorge für die Unterhaltung und Erziehung verwaister Kinder, welche wir den 3. Februar d. J. an die geehrten Frauen und Jungfrauen dieser Stadt und ihrer Umgegend gerichtet haben, sind auch andere Gegenstände zu demselben Zwecke mit der Aeußerung geschenkt worden, daß mehrere Einwohner der Stadt, namentlich die ge-

ehrten Besitzer von Schnittwaaren-, Galanterie- und anderen Handlungen geneigt seyn dürften, Gegenstände zur Verloosung oder Ausspielung zum Besten jener Waisen zu schenken.

Indem wir daher für die uns zugesendeten Gaben unseren ergebensten und herzlichsten Dank sagen, erlauben wir uns, auch die geehrten Einwohner der Stadt ergebenst um ihre gütige Mitwirkung zur Erreichung unseres wohlthätigen Zweckes um so mehr zu bitten, als bei den täglich steigenden Preisen aller Lebensbedürfnisse die Erhaltung so vieler Waisen immer schwerer wird.

Der menschenfreundliche Sinn der Einwohner unserer Stadt, welcher in den letzten Jahren unter sehr ungünstigen Umständen mehrere wohlthätige Anstalten in das Leben gerufen und erhalten hat, verbürgt auch unserer ergebensten Bitte Ihre freundliche Berücksichtigung.

Posen den 4. April 1832.

Der Frauen-Verein für die Cholera-Waisen.

Edictal-Citation.

Auf den Antrag der Königl. Intendantur des fünften Armee-Corps zu Posen, werden alle diejenigen unbekannten Gläubiger, welche an die Kassen der nachbenannten Truppentheile oder Militair-Institute, als:

1) des 1sten Bataillons 18ten Infanterie-Regiments hierselbst, der Garnison- und Magazin-Verwaltung des hiesigen Magistrats und des hieselbst besonders stationirt gewesenen Magazin-Depots, so wie des hiesigen Garnison-Lazareths,
2) des Füsilier-Bataillons 6ten Infanterie-Regiments zu Rawitsch, der Garnison- und Magazin-Verwaltung des Magistrats daselbst, so wie des dortigen Garnison-Lazareths,
3) des 1sten Ulanen-Regiments, 3ten Bataillons 3ten Garde-Landwehr-Regiments, 1sten Bataillons 19ten Landwehr-Regiments nebst Eskadron und Artillerie-Compagnie zu Lissa, der Garnison- und Magazin-Verwaltung des Magistrats daselbst und der dortigen besondern Magazin-Verwaltung, so wie des Garnison-Lazareths des aufgelösten 19ten Landwehr-Kavallerie-Regiments, des aufgelösten 2ten Aufgebots 1sten Bataillons 19ten Landwehr-Regiments, und des aufgelösten Pferde-Depots 5ter Artillerie-Brigade eben daselbst,
4) der Garnison-Verwaltung des Magistrats zu Kosten und der dortigen Lazareth-Verwaltung,

aus irgend einem rechtlichen Grunde für den Zeitraum vom 1sten Januar bis ult. December 1831 Ansprüche zu haben vermeinen, hierdurch vorgeladen, binnen 9 Monaten, und spätestens in dem auf

den 11ten Juli d. J. Vormittags um 9 Uhr,

vor dem Deputirten Landgerichts-Assessor Grafen v. Posadowski in unserm Instruktions-Zimmer angesetzten peremtorischen Termine entweder persönlich oder durch gesetzlich zulässige Bevollmächtigte zu erscheinen, und ihre Ansprüche gehörig nachzuweisen, widrigenfalls aber zu gewärtigen, daß die Ausbleibenden nicht nur mit ihren Forderungen an die gedachten Kassen präkludirt werden, sondern ihnen auch deshalb ein ewiges Stillschweigen auferlegt, und sie blos an die Person desjenigen, mit dem sie kontrahirt haben, oder welcher die ihnen zu leistende Zahlung in Empfang genommen und sie nicht befriedigt hat, werden verwiesen werden.

Fraustadt den 15. März 1832.

Königl. Preußisches Landgericht.

Ediktal-Citation.

In dem Hypotheken-Buche des sub No. 1. zu Rekawczyn belegenen Grundstücks ist Rubr. III. No. 1. laut Obligations-Instrument vom 22sten Juni 1804 eine Post von 500 Rthlr. nebst 5 pro Cent Zinsen vigore decreti de eodem für den jüdischen Schneider Marcus Skamper zu Posen eingetragen.

Auf den Antrag des jetzigen Besitzers dieses Grundstücks, Gottfried Kunkel, welcher behauptet, daß obige Post schon gezahlt ist, und deren Löschung nachsucht, werden der eingetragene Gläubiger, der jüdische Schneider Marcus Skamper, ehemals zu Posen wohnhaft, seine etwanigen Erben und alle diejenigen, welche an die in Rede stehende Hypotheken-Post als Eigenthümer, Cessionarien, Pfand- oder sonstige Briefs-Inhaber Ansprüche zu machen vermeinen, vorgeladen, in dem vor dem Deputirten Herrn Landgerichts-Rath Rippentropp

auf den 9ten Mai 1832

anstehenden Termine entweder in Person oder durch gesetzlich zulässige Bevollmächtigte zu erscheinen und ihre Ansprüche nachzuweisen, ausbleibenden Falls aber zu gewärtigen, daß sie mit ihren Ansprüchen an die in Rede stehende Hypotheken-Post präkludirt und ihnen ein ewiges Stillschweigen auferlegt, auch mit der Löschung dieser Hypotheken-Post verfahren werden wird.

Gnesen den 23. Januar 1832.

Königl. Preuß. Landgericht.

In Konin bei Neustadt, Buker Kreises, sind 1000 Stück von verschiedener Gattung hochveredelte Schaafe zum Verkauf.

In der Herrschaft Rycżywol, Oborniker Kreises, ist die ganze Propination aus freier Hand von Johanni d. J. ab zu verpachten.

Schöne saftreiche Messiner Citronen, Hundert 3 Rthlr. 20 sgr., das Stück 7 bis 8 poln. Groschen, auch schöne saftreiche rothfallende Apfelsinen hat erhalten und empfiehlt

Joseph Verderber.